

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon zentral 062 835 12 40  
Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### Per E-Mail

Bundesamt für Gesundheit

aufsicht@bag.admin.ch  
gever@bag.admin.ch

22. Januar 2025

### **Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 hat das Eidgenössische Departement des Innern zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Überschreiten die Kosten eines Grossereignisses die Nettoprämien der Unfallversicherer (ohne Schweizerische Unfallversicherungsanstalt) des Vorjahrs, greift ein Ausgleichsfonds. Dieser wird ad hoc bei der Ersatzkasse UVG eingerichtet und ab dem Folgejahr durch Prämienzuschläge finanziert. Mit der vorliegenden Revision wird auf Verordnungsstufe insbesondere mit Art. 95a Abs. 4<sup>bis</sup> UVV eine rechtliche Grundlage für die Genehmigung von Art. 26 des Reglements Grossereignisse geschaffen, der die abschliessende Abgeltung solcher Ereignisse regelt.

Der Regierungsrat begrüsst die Änderungen und stimmt der Vorlage zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dieter Egli  
Landammann



Joana Filippi  
Staatsschreiberin



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
aufsicht@bag.admin.ch;  
GEVER@bag.admin.ch

Appenzell, 19. Dezember 2024

### **Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

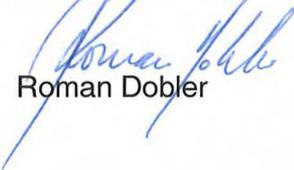
Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV, SR 832.202) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie stimmt der Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung zu. Durch die Finanzierung eines Ausgleichsfonds sollen im Falle einer Katastrophe die Schäden eines Grossereignisses durch den Fonds abgedeckt werden. Durch diese Änderung wird das Anliegen der gemeinsamen Finanzierung der privaten Versicherungsgesellschaften unterstützt und teure Rückversicherungsdeckungen, die höhere Prämienbelastungen verursachen, können ausser Acht gelassen werden. Aus Sicht der Standeskommission sind diese Änderungen der Verordnung über die Unfallversicherung nachvollziehbar und tragbar.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

#### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Roman Dobler

#### *Zur Kenntnis an:*

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

---

Eidg. Departement des Innern  
3003 Bern

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 23. Januar 2025

**Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (Finanzierung Ausgleichsfonds); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 unterbreitete das eidgenössische Departement des Innern (EDI) die eingangs erwähnte Vorlage zur Vernehmlassung. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 18. Februar 2025.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er stimmt der Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung grundsätzlich zu. Mit der Finanzierung eines Ausgleichsfonds werden im Falle einer Katastrophe die Schäden eines Grossereignisses besser abgedeckt. Damit wird das Anliegen der gemeinsamen Finanzierung der privaten Versicherungsgesellschaften unterstützt. Teure Rückversicherungsdeckungen, die zu höheren Prämienbelastungen führen können, können dadurch voraussichtlich verhindert werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)

per E-Mail an: aufsicht@bag.admin.ch  
GEVER@bag.admin.ch

RRB Nr.:

1263/2024

11. Dezember 2024

Direktion:

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Klassifizierung:

Nicht klassifiziert

## **Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) in Sachen Grossereignisse**

### **Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) in Sachen Grossereignisse Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat begrüsst die vorgesehene Verordnungsänderung und hat keine Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Evi Allemann  
Regierungspräsidentin

Christoph Auer  
Staatschreiber

Verteiler

– Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Per E-Mail an:

[aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch) und  
[GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

Liestal, 28. Januar 2025

## **Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) in Sachen Grossereignisse; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller-Sutter

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV, [SR 832.202](#)) unsere Stellungnahme abzugeben.

Die Regelungen zur Finanzierung des Ausgleichsfonds sind sinnvoll und fördern Solidarität unter den UVG-Versicherern, indem ab einer bestimmten Schadenshöhe Aufwände durch einen Fonds gedeckt werden, der über Prämienzuschläge finanziert wird.

Die Ergänzung von Art. 95a Abs. 1 UVV ist folgerichtig, da sie erwartete Regressansprüche als Einnahmen bei der Finanzbedarfsberechnung berücksichtigt. Dies ist besonders relevant, da die Kosten bei katastrophalen Unfällen häufig durch Dritte mit Haftpflichtversicherungen oder Kapitalbasis getragen werden. Für Katastrophen durch Naturereignisse oder Terroranschläge, bei denen kein Regress möglich ist, wird die Regelung entsprechend angepasst.

Der Art. 95a Abs. 4 UVV bietet zudem die notwendige rechtliche Grundlage für Art. 26 des Reglements. Der neu hinzugefügte Abs. 4<sup>bis</sup> sorgt für eine effiziente Abwicklung der Forderungen bei Fonds-Schliessung, indem der abschliessende Zuschlag erst erhoben wird, wenn dies notwendig ist.

Um die praktische Umsetzung sicherzustellen, empfehlen wir, analoge Verfahren wie beim «Zuschlag Teuerungszulage» einzusetzen und Promillesätze auf Nettoprämien anzuwenden. Dies gewährleistet eine gerechte und transparente Erhöhung der Endprämiensätze.

Darüber hinaus wäre die Entwicklung klarer Guidelines zur Kommunikation zwischen Ersatzkasse, Versicherenden und Arbeitgebenden hilfreich. Dies würde die Akzeptanz der Massnahmen fördern und sicherstellen, dass bestehende Verfahren optimal genutzt werden können.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft unterstützt die Umsetzung des «Reglements Grossereignis» der Ersatzkasse UVG, einschliesslich der Ergänzungen von Art. 95a UVV, wie sie am 31. Januar 2024 durch den Bundesrat beschlossen wurden und bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel.: +41 (0)61 267 85 62  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Departement des Innern

Per Mail an:  
aufsicht@bag.admin.ch  
GEVER@bag.admin.ch

Basel, 4. Februar 2025

**Regierungsratsbeschluss vom 4. Februar 2025**

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung zukommen lassen.

Der Regierungsrat begrüsst die vorgesehene Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung und hat keine Bemerkungen. Grundsätzlich erachtet er die Einführung eines Ausgleichsfonds bei der Unfallversicherung als sinnvoll, da der Fonds eine faire Risikoverteilung ermöglicht, die finanzielle Stabilität der Versicherer bei Grossereignissen sichert und kostspielige Rückversicherungsprämien reduziert.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

## **PAR COURRIEL**

Département fédéral de l'intérieur DFI  
Madame Elisabeth Baume-Schneider  
Conseillère fédérale  
Inselgasse 1  
3003 Berne

*Courriel* : [gever@bag.admin.ch](mailto:gever@bag.admin.ch)  
[uv@bag.admin.ch](mailto:uv@bag.admin.ch)

*Fribourg, le 13 novembre 2024*

2024-1001

### **Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)**

Madame la Conseillère fédérale,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier de mise en consultation du 30 octobre 2024. Le Conseil d'Etat remercie le DFI pour l'élaboration du projet et l'invitation à prendre position.

Sur la base de notre examen, nous soutenons le projet et constatons que nous n'avons pas de remarques particulières à émettre.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

*L'original de ce document est établi en version électronique*

**Copie**

—  
à la Direction de la santé et des affaires sociales ;  
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 12 février 2025

**Le Conseil d'Etat**

369-2025

Département fédéral de l'intérieur  
Madame Elisabeth Baume-Schneider  
Conseillère fédérale  
Inselgasse 1  
3003 Berne

**Concerne : modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA) :  
ouverture de la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

La consultation de votre département relative à l'objet précité nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Après examen du projet et du rapport explicatif correspondant, nous vous informons que nous approuvons les précisions de l'ordonnance proposées qui répondent à la nécessité de régler les détails relatifs au calcul et à l'affectation des suppléments de prime finaux perçus auprès des employeurs assurés lors de la clôture du fonds à la suite d'une catastrophe.

La teneur de l'article 95a OLAA proposée permet en effet d'assurer une cohérence avec l'article 26 du « Règlement Grand sinistre », qui est en attente d'approbation, et contribue ainsi à la sécurité du droit.

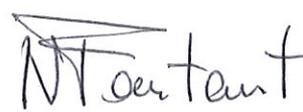
En vous remerciant de l'attention portée à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

  
Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :

  
Nathalie Fontanet

**Regierungsrat**  
Rathaus  
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement  
des Innern  
3003 Bern

Glarus, 12. November 2024  
Unsere Ref: 2024-1598 / SKGEKO.4740

### **Vernehmlassung i. S. Änderung der UVV i.S. Grossereignisse**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir aufgrund geringer Betroffenheit auf eine Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**

  
Kaspar Becker  
Landammann

  
Arpad Baranyi  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- aufsicht@bag.admin.ch
- GEVER@bag.admin.ch

Die Regierung  
des Kantons Graubünden

La Regenza  
dal chantun Grischun

Il Governo  
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

4. Februar 2025

Mitgeteilt den

5. Februar 2025

Protokoll Nr.

53/2025

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Per E-Mail (PDF und Word) an: [aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch) und [GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

## Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

### Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Regierung des Kantons Graubünden bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV).

Sie stimmt der Vorlage zu.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Kopie: Finanzverwaltung

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

*Envoi par e-mail*

Département fédéral de l'intérieur  
Madame la Conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider  
3003 Berne  
[uv@bag.admin.ch](mailto:uv@bag.admin.ch)  
[gever@bag.admin.ch](mailto:gever@bag.admin.ch)

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
[chancellerie@jura.ch](mailto:chancellerie@jura.ch)

Delémont, le 21 janvier 2025

**Prise de position du Gouvernement de la République et Canton du Jura dans le cadre de la procédure de consultation fédérale du 30 octobre 2024 sur la modification de l'ordonnance du 20 décembre 1982 sur l'assurance-accidents (OLAA ; RS 832.202) relative aux tâches de la caisse supplétive en cas de grands sinistres**

Madame la Conseillère fédérale,  
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien remercie le Département fédéral de l'intérieur de lui donner la possibilité, par sa lettre du 30 octobre 2024, de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation sur la modification de l'OLAA relative aux tâches de la caisse supplétive en cas de grands sinistres.

Il approuve sur le principe la modification proposée de l'OLAA. Ce projet n'appelle par ailleurs aucune remarque.

En vous remerciant de l'avoir consulté sur cet objet, le Gouvernement jurassien vous présente, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Martial Courtet  
Président



  
Jean-Baptiste Maître  
Chancelier d'Etat

**Gesundheits- und Sozialdepartement**

Bahnhofstrasse 15

6002 Luzern

Telefon +41 41 228 60 84

gesundheit.soziales@lu.ch

www.lu.ch

**per E-Mail**

- aufsicht@bag.admin.ch

- GEVER@bag.admin.ch

Luzern, 7. Januar 2025

Protokoll-Nr.: 13

**Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton notwendigen Präzisierungen an der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) unterstützt.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Michaela Tschuor

Regierungsrätin



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de l'intérieur (DFI)  
Inselgasse 1  
3003 Berne  
[uv@bag.admin.ch](mailto:uv@bag.admin.ch)  
[GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

Personne responsable du dossier :  
anne.ruedinveuve@ne.ch

### Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA) - consultation

Madame la conseillère fédérale,

Par la présente, nous accusons réception du projet cité en marge, qui a retenu toute notre attention et vous remercions de nous avoir associé à cette procédure de consultation.

Les modifications proposées touchent l'article 95a de l'Ordonnance sur l'assurance-accidents visant à régler formellement la légalité du "Règlement Grand sinistre" de la caisse supplétive LAA. Elles sont nécessaires pour valider le système mis en place entre les assureurs privés visant à financer en commun le risque lié à une catastrophe. La caisse supplétive LAA sera chargée de gérer le fonds financé par l'ensemble des assureurs. Le projet n'appelle pas de remarque particulière par notre Autorité. Elle ne peut qu'approuver cette solution et les modifications légales nécessaires pour la mettre en œuvre.

Nous relevons également que la modification n'entraîne aucune conséquence sur les cantons ou sur leurs instances administratives.

Nous vous remercions de l'attention qui sera portée à nos remarques et vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 11 décembre 2024



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,  
F. WATER

La chancelière,  
S. DESPLAND

NE



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

**PER E-MAIL**

Eidg. Departement des Innern EDI  
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 4. Februar 2025

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV). Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Brief vom 30. Oktober 2024 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202) mit der Bitte, bis zum 18. Februar 2025 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) einverstanden sind.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRAT

  
Res Schmid  
Landammann



  
lic. iur. Armin Eberli  
Landschreiber

Geht an:

- aufsicht@bag.admin.ch
- GEVER@bag.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Departement des Innern  
EDI

per Mail an:

[aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch)

[gever@bag.admin.ch](mailto:gever@bag.admin.ch)

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5192  
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 24. Januar 2025

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV);  
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Für die Einladung zur Stellungnahme zur Vernehmlassung über die Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden verzichtet in diesem Vernehmlassungsverfahren auf eine Stellungnahme.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad  
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Gesundheitsamt
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern  
Inselgasse 3  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 89 42  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 7. Februar 2025

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV);  
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (SR 832.202) ein. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Wir sind mit dem vorgeschlagenen Entwurf gemäss Vorlage einverstanden.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann  
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**

- aufsicht@bag.admin.ch
- GEVER@bag.admin.ch



Departement des Innern

Eidgenössisches Departement des  
Innern EDI  
Generalsekretariat GS-EDI  
Inselgasse 1  
3003 Bern

per E-Mail an:  
aufsicht@bag.admin.ch  
GEVER@bag.admin.ch

Schaffhausen, 18. Februar 2025

## **Vernehmlassung betreffend Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Stellungnahme des Kantons Schaffhausen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 wurde der Kanton Schaffhausen zur Vernehmlassung in eingangs erwähnter Angelegenheit eingeladen. Dieses Geschäft wurde zuständigkeitshalber dem Departement des Innern zur Bearbeitung zugewiesen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Mit der letzten umfassenden Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung<sup>1</sup> (UVG), die per 1. Januar 2017 in Kraft trat, wurde dem Anliegen der privaten Versicherungsgesellschaften entsprochen, das Risiko ab einer Ereignislimite für Grossereignisse zusammenlegen und gemeinsam finanzieren zu dürfen. Ein Grossereignis liegt demnach vor, wenn die Unfallversicherer (ohne Suva) voraussichtlich mehr Leistungen erbringen müssen als das Total der Nettoprämien ausmacht, welches sie zusammen im Jahr vor dem Schadenereignis für die obligatorische Versicherung eingenommen haben (Art. 78 Abs. 1 UVG). Ab dieser Ereignislimite haftet ein Ausgleichsfonds (Art. 90 Abs. 4 UVG). Dieser wird bei der Ersatzkasse UVG (Ersatzkasse) ad hoc eingerichtet und ab dem Folgejahr des Grossereignisses von allen Unfallversicherern (ohne Suva) über Prämienzuschläge finanziert, sodass sämtliche laufenden Kosten der Schäden gedeckt werden können (Art. 90 Abs. 4 UVG). Einzelheiten zu den Aufgaben der Ersatzkasse im Zusammenhang mit Grossereignissen

---

<sup>1</sup> Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20. März 1981, SR 832.20

wurden in Artikel 95a der Verordnung über die Unfallversicherung<sup>2</sup> (UVV) festgehalten. Artikel 95a Absatz 5 UVV schreibt die Erstellung eines «Reglements Grossereignis» (Reglement) der Ersatzkasse für diesen Ausgleichsfonds vor. In diesem Reglement werden insbesondere die Organisation des Ausgleichsfonds sowie die Einzelheiten der Durchführung der Finanzierung geregelt. Da es sich um ein Reglement der Ersatzkasse handelt, bedarf dieses gemäss Artikel 72 Absatz 1 UVG der Genehmigung durch den Bundesrat.

In seiner Sitzung vom 31. Januar 2024 hatte der Bundesrat das Reglement der Ersatzkasse mit Ausnahme von Artikel 26 genehmigt. Grund für die Nichtgenehmigung von Artikel 26 war, dass das Bundesamt für Justiz (BJ) die formelle Notwendigkeit einer Verordnungspräzisierung in Artikel 95a Absatz 4 UVV erkannt hatte. Nun soll Artikel 26 des Reglements der Ersatzkasse vom Bundesrat gleichzeitig mit der vom BJ gewünschten Präzisierung von Artikel 95a UVV verabschiedet werden. Die Anpassungen von Artikel 95a UVV werden aus redaktionellen Gründen in einen neuen Absatz 4<sup>bis</sup> eingefügt und beinhalten insbesondere Angaben dazu, auf welcher Grundlage die finalen Zuschläge bei Schliessung des Fonds ermittelt werden und welchem Zweck sie dienen. Darüber hinaus soll der Wortlaut von Artikel 95a Absatz 1 UVV dahingehend präzisiert und an den neuen Artikel 95a Absatz 4<sup>bis</sup> angeglichen werden, wonach auch bei der Ermittlung des «regulären» Zuschlags die zu erwartenden Regressansprüche berücksichtigt werden.

Die vorliegende Änderung der UVV ist primär formeller Natur. So muss Artikel 95a UVV aus formellen Gründen dem bisher von der Genehmigung ausgenommenen, inhaltlich jedoch unumstrittenen Artikel 26 des Reglements der Ersatzkasse angeglichen werden, damit dieser genehmigt werden kann. Darüber hinaus soll der Wortlaut von Art. 95a Absatz 1 UVV an den neuen Art. 95a Abs. 4<sup>bis</sup> UVV angeglichen werden. Der Kanton Schaffhausen begrüsst die vorgeschlagenen Anpassungen. Diese tragen zur Erhöhung der Rechtssicherheit bei.

Für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse  
Der Departementssekretär



Christoph Aeschbacher

---

<sup>2</sup> Verordnung über die Unfallversicherung vom 20. Dezember 1982, SR 832.202

**Finanzdepartement**

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 57  
finanzdepartement@fd.so.ch  
so.ch

**Peter Hodel**  
Regierungsrat

Eidgenössisches Departement  
des Innern EDI  
Elisabeth Baume-Schneider  
Inselgasse 1  
3003 Bern

**per E-Mail an:**  
aufsicht@bag.admin.ch  
GEVER@bag.admin.ch

12. Februar 2025

**Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 haben Sie uns das die Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Nach Prüfung der Vorlage können wir Ihnen mitteilen, dass wir uns dem bundesrätlichen Vorschlag anschliessen.

Freundliche Grüsse



Peter Hodel  
Regierungsrat



6431 Schwyz, Postfach 1260

**per E-Mail**

Eidgenössisches Departement des Innern  
3003 Bern  
aufsicht@bag.admin.ch; GEVER@bag.admin.ch

Schwyz, 14. Januar 2025

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung vom 20. Dezember 1982 (UVV, SR 832.202) zur Vernehmlassung bis 18. Februar 2025 unterbreitet.

Der Regierungsrat stimmt der Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement des Innern  
Frau Elisabeth Baume-Schneider  
Bundesrätin  
3003 Bern

Frauenfeld, 20. Januar 2025  
Nr. 36

## Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

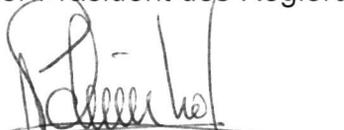
### Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202). Wir begrüßen die geplante Revision.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero  
520

fr

0

Bellinzona  
5 febbraio 2025

Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 91 814 41 11  
fax +41 91 814 44 35  
e-mail can@ti.ch  
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato

Signora Consigliera federale  
Elisabeth Baume-Schneider  
Direttrice del Dipartimento federale  
dell'interno  
Bundesgasse 3  
3003 Berna

*Invio per posta elettronica:  
aufsicht@bag.admin.ch e  
GEVER@bag.admin.ch.  
(pdf e word)*

### Consultazione sulla modifica dell'Ordinanza sull'assicurazione contro gli infortuni (OAINF) del 20 dicembre 1982

Signora Consigliera federale,

vi ringraziamo per averci coinvolti nella procedura di consultazione a margine e, nel merito della modifica dell'Ordinanza federale del sull'assicurazione contro gli infortuni (OAINF) del 20 dicembre 1982, vi comunichiamo che non abbiamo osservazioni.

Voglia gradire, onorevole Consigliera federale, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

  
Christian Vitta

Il Cancelliere

  
Arnaldo Coduri

#### Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione delle risorse (dfe-dr@ti.ch)
- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch)
- Sezione delle finanze (dfe-sf@ti.ch)
- Sezione delle risorse umane – Ufficio degli stipendi e delle assicurazioni (dfe-sru@ti.ch)

**CONSEIL D'ETAT**

Château cantonal  
1014 Lausanne

Département fédéral de l'intérieur  
Inselgasse 1  
3003 Berne

Par courrier et courriel (en versions word et pdf) .  
[uv@bag.admin.ch](mailto:uv@bag.admin.ch) et [GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

Réf : 25\_COU\_149

Lausanne, le 5 février 2025

**Réponse à la Consultation fédérale (CE) – Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)**

---

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté dans le cadre de la consultation fédérale mentionnée sous objet.

Après avoir pris connaissance de la modification proposée et du rapport explicatif, nous constatons que les précisions apportées à l'article 95a de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA ; RS 832.202) sont nécessaires pour assurer la complète légalité du « Règlement Grand sinistre » de la caisse supplétive LAA. Nous relevons également que la modification proposée n'entraîne aucune conséquence sur les cantons.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud est favorable à la modification proposée.

Tout en vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

**Copies**

- DSAS, DGCS
- OAE



**P.P.** CH-1951  
Sion

Poste CH SA



Madame  
Elisabeth Baume-Schneider  
Conseillère fédérale  
Département fédéral de l'intérieur  
Inselgasse 1  
3003 Berne

Date **28 JAN. 2025**

**Modification de l'Ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA). Procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais vous remercie pour votre invitation du 30 octobre 2024 relative à la consultation susmentionnée.

Après un examen attentif du rapport explicatif, il constate que les adaptations prévues à l'alinéa 1 ainsi qu'au nouvel alinéa 4bis de l'article 95a OLAA amènent les précisions utiles concernant l'indemnisation définitive des assureurs et permettent ainsi de créer les bases légales nécessaires dans l'OLAA.

Le projet n'appelle pour le reste pas de remarque particulière de notre part et le canton du Valais souscrit par conséquent à la modification proposée.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen



La chancelière

Monique Albrecht

Copies à - [uv@bag.admin.ch](mailto:uv@bag.admin.ch)  
- [GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)



Gesundheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidg. Departement des Innern  
Bundesamt für Gesundheit (BAG)  
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider  
3003 Bern

T direkt 041 728 35 01  
martin.pfister.rr@zg.ch  
Zug, 8. November 2024  
GD GDS 6 / 391 / 56454

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV);  
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellung zu nehmen.

Die Ergänzung von Art. 95a Abs. 1 und der neue Abs. 4bis von Art. 95a UVV geben uns zu keinen Bemerkungen Anlass. Der Kanton Zug verzichtet daher auf Stellungnahme.

Wir danken für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Freundliche Grüsse  
Gesundheitsdirektion

Martin Pfister  
Regierungsrat

Versand per E-Mail an:

- [aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch) (Word-Version; PDF)
- [Gever@bag.admin.ch](mailto:Gever@bag.admin.ch) (Word-Version; PDF)



Elektronisch an aufsicht@bag.admin.ch und GEVER@bag.admin.ch



**Kanton Zürich  
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch  
Tel. +41 43 259 20 02  
Neumühlequai 10  
8090 Zürich  
zh.ch

Eidgenössisches Departement des Innern  
3003 Bern

29. Januar 2025 (RRB Nr. 58/2024)

**Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung  
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2024 unterbreiteten Sie uns eine Vorlage zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (SR 832.202). Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und verzichten auf Bemerkungen, zumal die Vorlage gemäss dem erläuternden Bericht keine Auswirkungen auf die Kantone hat.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



Ersatzkasse UVG, Postfach, 8010 Zürich

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Bundesamt für Gesundheit BAG  
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung  
Schwarzenburgstrasse 157  
CH-3003 Bern

Zürich, 09.01.2025  
Ersatzkasse UVG, Tel.: 058 358 05 70  
E-Mail: [info@ersatzkasse.ch](mailto:info@ersatzkasse.ch)

## Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) in Sachen Grossereignisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vernehmlassung verfolgt das Ziel, mit den notwendigen Ergänzungen die Grundlage zu schaffen, damit die Ersatzkasse gemäss dem bestehenden Grossereignis-Reglement die Kompetenz erhält, am Ende die finalen Zuschläge festzulegen.

Die Ersatzkasse UVG begrüsst die Anpassungen in der UVV, die es ermöglichen, dass das Reglement in vollem Umfang in Kraft gesetzt wird.

Freundliche Grüsse,

Ersatzkasse UVG



Markus Deplazes  
Geschäftsführer



Claudia Franco  
Spezialistin UVG

Frau  
Bundsrätin Elisabeth Baume-Schneider  
Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Per E-Mail an:  
aufsicht@bag.admin.ch, GEVER@bag.admin.ch

## Suva

Marc Epelbaum  
Direktwahl 041 419 55 00  
marc.epelbaum@suva.ch  
www.suva.ch

## Postadresse

Suva  
GS  
Fluhmattstrasse 1  
Postfach  
6002 Luzern

Datum 12. Februar 2025

Betrifft Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über  
die Unfallversicherung (UVV) in Sachen Grossereignisse

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) in Sachen Grossereignisse Stellung nehmen zu können.

Als grösste Trägerin der obligatorischen Unfallversicherung versichert die Suva rund die Hälfte aller Arbeitnehmenden in der Schweiz gegen die Folgen von Berufs- und Nichtberufsunfällen sowie Berufskrankheiten. Folglich ist sie ein wichtiger Teil des schweizerischen Sozialversicherungssystems.

Die Suva ist von der Änderung des Artikels 95a UVV nicht direkt betroffen, da dieser die Finanzierung des Ausgleichsfonds für Grossereignisse im Leistungsbereich der privaten Unfallversicherer regelt. Im Fall eines Grossereignisses deckt die Suva ihre eigenen Leistungsverpflichtungen aus ihren Prämieinnahmen beziehungsweise aus ihren Eigenmitteln. Diese Regelung ergibt sich aus dem Prinzip der Gegenseitigkeit (Artikel 61 Absatz 2 UVG) sowie der in der Verordnung vorgeschriebenen minimalen Höhe der Eigenmittel, die so bemessen ist, dass auch bei einem voraussichtlichen Jahrhundertverlust die Forderungen gedeckt werden können (Artikel 111 Absatz 4 UVV).

Obgleich wir nicht direkt betroffen sind, begrüßen wir die vorgesehene Änderung von Artikel 95a E-UVV. Die klare Regelung, dass die privaten Unfallversicherer mithilfe eines Ausgleichsfonds Grossereignisse aus eigener Kraft bewältigen können, führt zu finanzieller und rechtlicher Sicherheit in der gesamten Unfallversicherung und stärkt das schweizerische Sozialversicherungssystem. Gerne verweisen wir auf die Stellungnahme des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV).

Seite 2/2

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme im Voraus und stehen Ihnen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Epelbaum', with a long horizontal stroke extending to the right.

Marc Epelbaum  
Generalsekretär



Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Frau Elisabeth Baume-Schneider  
Bundesrätin  
Inselgasse 1  
3003 Bern

**Ausschliesslich per E-Mail an:**

- [aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch)
- [GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

Zürich, 18. Februar 2025

**Stellungnahme des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV) i.S. Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) i. S. Grossereignisse (Art. 95a Abs. 1 und 4<sup>bis</sup> UVV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Einreichung einer Stellungnahme betreffend die eingangs erwähnte Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung UVV i. S. Grossereignisse. Der SVV nimmt für die ihm angeschlossenen Unfallversicherer nach Art. 68 UVG Stellung.

Der SVV und die ihm angeschlossenen Unfallversicherer waren an der Ausarbeitung des Verwaltungsreglements für Grossereignisse der Ersatzkasse und des zugehörigen Formelwerks für den Ausgleichsfonds gemäss Art. 90 Abs. 4 UVG massgeblich beteiligt. Der SVV begrüsst die im Reglement getroffene Organisation des Ausgleichsfonds sowie die Einzelheiten seiner Durchführung, inklusive der Modalitäten für seine Schliessung und den Umgang mit offenen Forderungen im Zeitpunkt der Fondsschliessung gemäss Art. 26 Verwaltungsreglement für Grossereignisse der Ersatzkasse.

Er hat dementsprechend erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat das Verwaltungsreglement für Grossereignisse der Ersatzkasse (mit Ausnahme von Artikel 26 betreffend «offene Beträge im Zeitpunkt der Fondsschliessung») bereits am 31. Januar 2024 ohne Beanstandungen genehmigt und in Kraft gesetzt hat. Art. 26 Verwaltungsreglement für Grossereignisse der Ersatzkasse wurde aus rein formellen Gründen zurückgestellt. Materielle Beanstandungen an der Bestimmung gab und gibt es nicht. Das Bundesamt für Justiz

**Schweizerischer Versicherungsverband SVV**

Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14 – CH-8002 Zürich – Zentrale +41 44 208 28 28 – [svv.ch](mailto:svv.ch)  
Irène Hänsli – [irene.haensli@svv.ch](mailto:irene.haensli@svv.ch) – Direktwahl +41 44 208 28 41

(BJ) kam jedoch zum Schluss, dass zur Umsetzung dieser Bestimmung eine Präzisierung in der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) erforderlich ist.

Mit den vorgeschlagenen Anpassungen in Art. 95a Abs. 1 und 4<sup>bis</sup> UVV wird die entsprechende Präzisierung in der UVV vorgenommen und die letzte offene Lücke in der Rechtsetzung betreffend Grossereignisse im UVG geschlossen. Einem vollumfänglichen Inkrafttreten der Verwaltungsreglements für Grossereignisse der Ersatzkasse steht nichts mehr entgegen. Der SVV und die ihm angeschlossenen Unfallversicherer begrüßen dies und unterstützen die entsprechenden Anpassungen in Art. 95a Abs. 1 und 4<sup>bis</sup> UVV gemäss Vernehmlassungsgrundlage vorbehaltlos. Damit ist sichergestellt, dass die Unfallversicherer nach Art. 68 UVG das Risiko bei Grossereignissen gemeinsam finanzieren können.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Versicherungsverband SVV

**Matthias Schenker**

Leiter Bereich Kranken- und Unfallversicherung

**Irène Hänsli**

Rechtsanwältin, Compliance Officer

---

Eidgenössisches Departement des Inneren EDI  
Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Elektronisch an:  
[Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch](mailto:Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch)

Bern, 10. Februar 2025

## **Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)**

### **Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

**Die SVP befürwortet die geplante Neuerung des Art. 95a Abs. 1 UVV. Die SVP lehnt jedoch die Neuerung von Art. 95 Abs. 4<sup>bis</sup> UVV ab; hier geht die Vorlage zu weit.**

Nach geltender Rechtsordnung legt die Ersatzkasse bei Grossereignissen Prämienzuschläge im Bereich der Unfallversicherung fest, sofern nicht die SUVA zuständig ist. Diese werden von den Versicherern erhoben. Daran soll sich auch mit der Revisionsvorlage nichts ändern.

Die Prämienzuschläge bemessen sich einheitlich für alle Versicherer jährlich in Promillen des versicherten Verdiensts pro Versicherungszweig.

Die Ergänzung in Art. 95a Abs. 1 UVV, wonach bei der Berechnung der Prämienzuschläge die zu erwartenden Regressansprüche mitberücksichtigt werden sollen, ist eine schlüssige Anpassung. Diese Neuerung kommt der Kostenwahrheit näher als die aktuelle Gesetzesfassung, wenn auch regelmässig von einer gewissen Uneinbringlichkeit aus diversen Gründen ausgegangen werden muss.

Mit Art. 95a Abs. 4<sup>bis</sup> UVV hingegen kann die Ersatzkasse zusätzlich zu den oben erwähnten Prämienzuschlägen finale Prämienzuschläge in Vorbereitung der Fondsschliessung festsetzen. Dabei wird von einer *abschliessenden* Abgeltung gesprochen, wobei gleichzeitig die Prämien wieder anhand der *Schätzung* der Kosten durch die Meldung der Versicherer erfolgt und zusätzlich die *Statistiken* über alle Schadensfälle des betroffenen Versicherungszweigs. Für die SVP schießt der letzte Punkt übers Ziel hinaus, da ein Prämienzuschlag ermöglicht wird für potentielle Forderungen, die noch gar nicht geltend gemacht worden sind. Alleine der Umstand, dass ein Fonds aufgrund unverhältnismässigen administrativen Aufwands wieder geschlossen wird, berechtigt nicht, allfällige künftige Forderungen gestützt auf Statistiken im Vorfeld einzuziehen und damit letztlich die Versicherten prophylaktisch zu belasten. Gerade bei Grossereignissen sind solche Statistiken noch

mehr mit Unsicherheit behaftet als übliche Statistiken, die sich auf namhafte Erfahrungswerte stützen. Das Risiko einer vorzeitigen Fondsschliessung soll letztlich nicht auf die Versicherten übergehen, die keinen Einfluss auf diesen Entscheid haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling  
Nationalrat



Henrique Schneider



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidgenössisches Departement des  
Innern EDI  
CH-3003 Bern

Per E-Mail: [aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch) und [GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

Zürich, 17. Februar 2025 BZG/sm  
zimmermann@arbeitgeber.ch

## **Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband wurde mit E-Mail vom 30. Oktober 2024 eingeladen, zur eingangs erwähnten Vernehmlassung bis zum 18. Februar 2025 Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens und unterbreiten Ihnen nachfolgend gerne unsere Positionen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

### **1. Zusammenfassende Beurteilung**

#### **Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV):**

Der SAV begrüsst die notwendige Anpassung und unterstützt den vorliegenden Vorentwurf.



## 2. Ausgangslage

Aus formellen Gründen muss Artikel 95a UVV dem bisher von der Genehmigung ausgenommenen jedoch inhaltlich unumstrittenen Artikel 26 des «Reglement Grossereignis» der Ersatzkasse UVG angeglichen werden, damit auch Artikel 26 des Reglements genehmigt werden kann. Im Zuge der Verabschiedung dieser Verordnungspräzisierung soll auch Artikel 26 des Reglements genehmigt werden.

## 3. Position des SAV

Der SAV begrüsst die notwendige Anpassung und unterstützt den vorliegenden Vorentwurf. Es gibt unsererseits dazu keine weiteren Anmerkungen.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Barbara Zimmermann-Gerster  
Mitglied der Geschäftsleitung

Roger Riemer  
Stv. Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider  
3003 Bern

per Mail an:  
[aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch) und  
[GEVER@bag.admin.ch](mailto:GEVER@bag.admin.ch)

Bern, 30. Januar 2025

**Vernehmlassungsantwort: Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)  
in Sachen Grossereignisse**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ist mit der formellen Anpassung von Artikel 95a UVV einverstanden. Diese Angleichung an Artikel 26 des «Reglement Grossereignis» der Ersatzkasse UVG und die Genehmigung des Artikel 26 des Reglements sind inhaltlich unbestritten und dienen einzig der Rechtssicherheit. Sie stellen klärend fest, dass auch bei der Ermittlung des regulären Zuschlags alle zu erwartenden Regressansprüche berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



Gabriela Medici  
Zentralsekretärin